

Europa braucht Mut statt Angst

**Rede von Karl-Ludwig Kley,
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),
Vorsitzender der Geschäftsleitung von Merck**

**Ständige Vertretung der Europäischen Kommission
Berlin, 6. Mai 2014**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Lieber Herr Oettinger,

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihrem Weg hierher haben Sie sicher viele Plakate gesehen. Plakate zur Europa-Wahl. An Litfaßsäulen, in Bussen oder Bahnen, auf Stellwänden. Sie alle werben für Personen und Positionen. Und damit machen sie auch Werbung für Europa. Zu Recht. Das heutige Europa ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können.

Ich spreche hier natürlich zunächst als Präsident einer der großen industriellen Kernbranchen in Deutschland – und damit in Europa.

Europa ist für die deutsche Chemie-Industrie der wichtigste Markt. Ohne einen funktionierenden europäischen Markt stünden wir deutlich schlechter da. Aber Europa ist mehr. Ja, es ist unsere wirtschaftliche Heimat. Aber es ist auch unsere politische und kulturelle Heimat.

Natürlich könnten wir auf die eine oder andere EU-Regulierung recht gut verzichten. Klar: So manche Regelung aus Brüssel eignet sich herrlich für Polemik oder ironische Überspitzungen. Aber lassen Sie mich da bitte eines hinzufügen: Viele Regelungen sind durch nationale Regierungen getrieben oder durch Partikularinteressen von Wirtschaft, NGOs oder anderen gesellschaftlichen Gruppen initiiert worden. Die EU löffelt in der öffentlichen Meinung so manche Suppe aus, die woanders gekocht wurde.

Nein, Europa verdient keine Ablehnung. Europa verdient das Gegenteil.

Für meine Generation ist die europäische Integration der Garant für dauerhaften Frieden und für Freiheit in Europa. Europa mit Großbritannien übrigens, dem Land mit der stabilsten Demokratie auf unserem Kontinent.

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges wurde unsere politische Gegenwart aufgebaut – durch intensive wirtschaftliche Verflechtung, politische Zusammenarbeit und kulturellen Austausch. Aus Feinden wurden Partner. Erst bei Kohle und Stahl, schließlich in der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen. Am Ende eines langen Weges sind aus ehemaligen Feinden Freunde geworden.

Viele von uns haben dieses europäische Zusammenwachsen hautnah miterlebt, vielleicht sogar mit ermöglicht. Auch ich erinnere mich dabei an meine Schul- und Studentenzeit. Einer der europäischen Grundwerte war von Anfang an die Freizügigkeit für Personen. Sie hatte von jeher einen besonderen Stellenwert für die Jugend Europas. Seit den 70er Jahren füllen sich im Sommer die Fernzüge mit Jugendlichen, die mit Rucksack und Interrail-Tickets unseren Kontinent erkunden. Ich war dabei. Spätestens seit den 80ern ist es für die meisten Studenten selbstverständlich, Zeit im europäischen Ausland zu verbringen. Erasmus sei Dank.

Doch bewirken diese Erfahrungen meiner Generation auch heute noch das Gefühl des Zusammenwachsens, der Zugehörigkeit? Begreifen unsere Kinder und Enkelkinder Europa noch als ihre Heimat – und sich selbst als Europäer? Und umgekehrt: Hält Europa sein Versprechen von Frieden, Demokratie, Wohlstand und Einigkeit auch für die junge Generation ein? Wie steht es heute um das Projekt Europa?

Es gibt Anlass zur Sorge.

Die seinerzeitige Aufbruchsstimmung und Begeisterung ist bei vielen Jugendlichen Skepsis, wenn nicht gar Misstrauen gegenüber der EU gewichen. Es ist schwer, sich für die zukunftsgerichteten Ideale der Europäischen Union zu begeistern, wenn man nicht weiß, was morgen wird. Wenn man sich um seine Ausbildung sorgt oder keinen festen Job findet. Wenn die Zukunftsagenda von Lissabon nur auf dem Papier stattfindet.

Vor Ausbruch der Krise lag die Jugendarbeitslosigkeit in keinem Mitgliedstaat über 25%. Heute ist dieser Wert schon in elf Mitgliedstaaten überschritten. Und rasche Besserung ist nicht in Sicht. Am härtesten davon betroffen ist Südeuropa, wo seit 2008 rund 6,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Für griechische, spanische und kroatische Jugendliche ist die Lage am dramatischsten. Dort hat mittlerweile sogar mehr als die Hälfte aller 16 bis 25-Jährigen keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Für diese Jugendlichen ist Europa kein Versprechen für die Zukunft. Und so sprechen im aktuellen Eurobarometer nur noch 40% der Jugendlichen der EU ihr Vertrauen aus.

Schaffen wir uns auf unserem wundervollen Kontinent selbst eine „verlorene Generation“?

So müssen wir uns fragen: Wie kann Europa Vertrauen zurückgewinnen? Wie können wir die Jugend wieder für Europa begeistern?

Der erste Teil der Antwort ist eigentlich banal. Die jungen Menschen brauchen Arbeit. Und für Arbeit brauchen wir Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum.

Wir alle wissen: Gerade die ersten Berufsjahre sind für den weiteren Lebensweg entscheidend. Arbeitslose Jugendliche haben einen denkbar schlechten Start. Mehr noch: Sie haben wenig Grund, sich für ein gemeinsames Europa einzusetzen. Woodrow Wilson hat einmal gesagt: „Im Vaterunser ist die erste Bitte die für tägliches Brot. Niemand kann mit leerem Magen [...] seinen Nächsten lieben.“ Mit leerem Magen fällt es auch schwer, sich für Europa zu begeistern. Zwar leiden nur wenige Europäer in unseren Sozialstaaten tatsächlich an Hunger. Aber viel zu viele hungern nach Arbeit, nach einer sinnstiftenden Aufgabe, nach einer Perspektive für ihre Zukunft.

Wir brauchen mehr Arbeitsplätze in Europa. Die fallen nicht vom Himmel. Sie werden auch nicht von der Politik geschaffen. Sondern von der Wirtschaft. Deshalb brauchen wir ein entschlossenes Bekenntnis aller Europäer zur Wirtschaft. Ein Bekenntnis zur Industrie. Zu Forschung und Entwicklung. Ein Bekenntnis zu Innovation und Risiko statt zu Angst und Beharrungswillen. Zu Unternehmertum statt zu Kleinkariertheit.

Europa braucht Mut statt Angst.

Das ist eine Aufgabe für uns alle. Denn auch wenn die Wirtschaft die Arbeitsplätze schafft – die Politik muss mit den Rahmenbedingungen helfen.

- Erstens müssen politische Entscheidungen stärker als in den letzten Jahren industriefreundlich sein. Sie müssen darauf ausgelegt sein, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, nicht zu verringern.

Politiker müssen sich zum großen Stellenwert der Industrie bekennen. Nicht nur auf der Meta-Ebene. Sondern im konkreten Handeln. Ein europaweites Naturreiservat schafft keine Arbeitsplätze und sichert keinen Wohlstand.

Auf ihrem Frühjahrsgipfel im März haben sich die Staats- und Regierungschefs einmal mehr für Wettbewerbsfähigkeit ausgesprochen und damit ein positives Signal für stärkeres Wachstum gesetzt.

Aber wenn wir unser Ziel erreichen und den Industrieanteil in Europa bis 2020 auf 20% erhöhen wollen, wird politische Symbolik allein nicht ausreichen. Industriepolitik muss endlich einen angemessenen Stellenwert in der EU bekommen. In der politischen Rhetorik und in der politischen Praxis.

- Zweitens brauchen wir entgegen so mancher Wahlkampfrhetorik in einigen Bereichen mehr Europa statt weniger. Beispiel Energiepolitik.

Frankreich und Großbritannien setzen auf die Atomkraft, aus der Deutschland aussteigt. Polen hofft auf Schiefergas. Die Österreicher haben ihre Energiewende auf Wasserbasis. Und Deutschlands Energiewende kommt mit den europäischen Wettbewerbsregeln in Konflikt.

Es gibt keinen funktionierenden europäischen Energie-Binnenmarkt. Es gibt keine verbindliche EU- Strategie. Es gibt nicht einmal einen Konsens darüber, wo wir überhaupt hin wollen. Dabei sollte uns die Erfahrung lehren: Wir erreichen als Europa am meisten, wenn wir gemeinsame Ziele definieren und gemeinsam verfolgen.

Wir brauchen deshalb zügig ein europäisches Strommarktdesign. Prioritäten in der Energiepolitik müssen europäisch definiert werden, nicht nach dem Subsidiaritäts-Prinzip. Mit anderen Worten: Wir brauchen mehr Europa in der Energie.

- Drittens müssen wir Europäer außen- und handelspolitische Akzente setzen. So können wir durch ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA quasi ein kostenloses Konjunkturprogramm starten. Mehr noch: Wir können gemeinsame Standards für das künftige Welthandelssystem verankern.

Dies ist eine Chance, die auch die EU-Kommission erkannt hat. Sie setzt sich seit Monaten dafür ein, die USA noch enger als bisher an uns zu binden. Und zwar bevor es andere tun!

Daher mein Appell an das politische Berlin: Geben Sie Europa für diese Verhandlungen

Rückendeckung. Öffentlich zur Schau getragene Skepsis mag der eigenen Basis gefallen.
Doch sie schadet Europa, sie schadet der Wirtschaft – und sie schadet Deutschland.

Dies sind nur einige Bereiche, in denen die Politik dafür sorgen kann, dass industriefreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Und damit Wachstum. Mit diesem Wachstum kann die Wirtschaft auch mehr Arbeitsplätze schaffen.

Ist das also die Gesamtlösung, um Jugendliche wieder von Europa zu überzeugen?

Nein. Arbeitsplätze sind wichtig. Daher müssen wir bei Arbeitsplätzen zuerst ansetzen. Doch der Mensch lebt auch nicht vom Brot allein.

Wir – alle, die wir Verantwortung tragen – müssen selbst wieder Enthusiasmus für Europa verspüren. Und wir müssen unsere europäische Überzeugung an die Jugend vermitteln.

Aus Europa kam die Demokratie. Aus Europa stammte das Konzept von individueller Freiheit. Europa war ein tolles Projekt für Wachstum und Wohlstand. Und Europa hat vorgelebt, wie aus Feinden Freunde werden können. Wie Krieg als Mittel der Auseinandersetzung verbannt werden kann.

Wir haben die Chance, daran anzuknüpfen. Geschichte prägt. Wir haben nicht unsere Kultur und unseren intellektuellen Reichtum verloren, nur weil uns eine Wirtschaftskrise erwischt hat.

Wir können selbstbewusst sein. Wir können mutig sein. Wir müssen mutig sein, um uns gegen Selbstzufriedenheit zur Wehr zu setzen. Um gegen das Behaglichkeitsgefühl einer immer älter werdenden Bevölkerung Akzente für die Zukunft und die Jugend zu setzen.

Meine Damen und Herren,

Europa macht Wahlkampf. Und dies ist nicht nur ein Wahlkampf für die Abstimmungen diesen Monat, sondern auch für das europäische Projekt an sich.

Und daher: Gehen Sie am 25. Mai wählen! Wie ich auch. Und lassen Sie uns die wählen, die das Europa der Zukunft gestalten. Für unsere Jugend.